



DIE WELT, 08.01.2021, Nr. 6, S. 9 / Ressort: Wirtschaft

Rubrik: Wirtschaft

Streit um die CO₂-Abgabe

Seit Anfang des Jahres zahlen die Bundesbürger eine CO₂-Abgabe für fossile Brennstoffe. Mieter müssten davor geschützt werden, findet die Umweltministerin. Sie will die Vermieter beteiligen

Michael Fabricius

Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) fordert eine Aufteilung der CO₂-Kosten zwischen Mietern und Vermietern. Die Umlage der neuen Klimaschutzabgabe auf die Mieter solle auf "maximal 50 Prozent" begrenzt werden, sagte die Ministerin am Donnerstag in Berlin. "Das ist aus meiner Sicht das Mindeste, was passieren muss", so Schulze. Mit den anderen SPD-geführten Ministerien sei man in Abstimmung. "Wir machen Druck und sind auch in der Diskussion mit der Union", sagte die Ministerin.

Seit Jahresbeginn müssen die Bundesbürger eine neue Abgabe für die Nutzung fossiler **Energieträger** zahlen - zunächst 25 Euro pro emittierter Tonne Kohlenstoffdioxid. Bis 2025 steigt die Abgabe auf 55 Euro. Umgerechnet auf einen Liter Benzin oder Heizöl sind das rund sieben Cent, für eine Kilowattstunde Gas rund 0,6 Cent. Bei der Heizung können Vermieter die fällige Abgabe auf Heizöl und Gas an ihre Mieter weitergeben.

Für Familien mit Kindern entstehen so Zusatzkosten in dreistelliger Größenordnung, wie Beispielrechnungen des Umweltministeriums zeigen. Aus Sicht einiger SPD-geführter Ministerien sowie des Deutschen Mieterbundes (DMB) ist das eine ungerechte Lastenverteilung. Die Möglichkeit, die Kosten auf die Mieter umzulegen, solle deshalb begrenzt werden, sagte Schulze. "Mieter haben in der Regel keinen Einfluss, welchen Sanierungsgrad das Haus hat, in dem sie wohnen", begründete die Ministerin den erneuten Vorstoß. "Sie können nicht einfach das Heizungssystem in ihren Wohnungen austauschen."

Die CO₂-Abgabe sei jedoch auch als Anreiz gedacht, in klimafreundliche Technologien zu investieren, so Schulze. Wenn Vermieter aber davon nichts zu spüren bekämen, laufe dieser Anreiz ins Leere. Ein teilweises Umlageverbot könne deshalb "einen enormen Investitionsschub erzeugen." Nach Berechnungen des Bundesumweltministeriums zahlt eine Familie mit zwei Kindern bei durchschnittlichem Heizwärmeverbrauch pro Jahr rund 96 Euro zusätzlich für die Abgabe. Ein alleinstehender Rentner auf dem Land muss in einer typischen Wohnsituation mit 90 Euro Abgabe rechnen, auf Studentenhaushalte kommen rund 56 Euro zu.

In schlecht gedämmten Häusern mit alten Heizungen dürfte die Abgabe jeweils noch höher ausfallen, und bis 2025 steigen die Beträge auf mehr als das Doppelte. "Vermieter müssen dazu angereizt werden, umzusteuern", sagte der Präsident des Deutschen Mieterbundes, Lukas Siebenkotten. "Wir wären deshalb sogar dafür gewesen, die Umlage komplett zu verbieten."

Auch die SPD-Bundestagsfraktion bringt ein Umlageverbot ins Spiel. "Die SPD-Bundestagsfraktion hält die Übernahme der Mehrkosten aus der CO₂-Bepreisung durch Vermieterinnen und Vermieter für die ökologisch richtige und sozial gerechteste Lösung", heißt es in einem Papier für eine am Donnerstag beginnende Klausurtagung, aus dem das Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) zitierte. Auch die Grünen-Fraktion meldete sich zu Wort: "Der CO₂-Preis muss so eingesetzt werden, dass es sich auch für Investoren und Vermieter lohnt, zu investieren", so der wohnungspolitische Fraktionssprecher Chris Kühn.

Umweltministerin Svenja Schulze betonte, dass es bei der CO₂-Abgabe nicht darum gehe, dem Staat höhere Einnahmen zu verschaffen. Es gehe um einen Investitionsanreiz. "Wer sich künftig klimafreundlich verhält, wird belohnt", so die Ministerin. Als Lastenausgleich werde seit Anfang des Jahres die **Erneuerbare-Energien**-Umlage auf den Strompreis auf 6,5 Cent gedeckelt, im Verkehrssektor gebe es günstigere Preise für Bahn und öffentlichen Personennahverkehr. Zusätzlich würden E-Autos gefördert. Hier könne der Verbraucher also entscheiden, ob er auf eine klimafreundlichere Alternative umsteige - beim Wohnen gehe das nicht.

Bei der Union dürften die SPD-geführten Ministerin, die SPD-Fraktion und der Mieterbund dagegen auf Granit beißen, wie bereits in den vergangenen Monaten. Jan-Marco Luczak, Sprecher für Recht und Verbraucherschutz der CDU/CSU-Fraktion, sieht einen "fundamentalen Bruch des Verursacherprinzips": "Vermieter haben auf das Verbrauchsverhalten von Mietern keinerlei Einfluss, sie sollen aber dennoch dafür zahlen. Das ist weder fair noch gerecht. Im Gegenteil, damit würde ein klimaschädliches Nutzerverhalten sogar noch belohnt."

Die Überlegung dahinter: Selbst wenn ein Vermieter ein perfekt gedämmtes und mit moderner Heizung ausgestattetes Haus anbietet, können Mieter immer noch die Heizung voll aufdrehen und dabei die Fenster öffnen. So sieht es auch der Eigentümerverband Haus & Grund. "Der CO₂-Ausstoß beim Heizen wird ganz maßgeblich durch das Verbrauchsverhalten beeinflusst. Folglich muss der CO₂-Preis auch bei den Mietern ankommen", sagt Verbandspräsident Kai Warnecke. Die Praxis

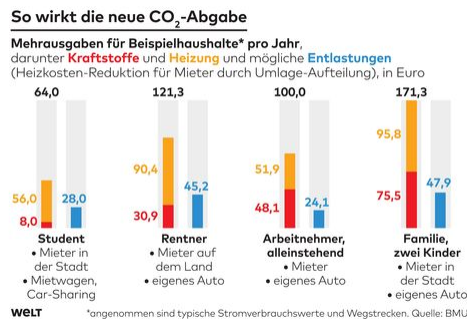
zeige immer wieder, dass nach energetischen Modernisierungen mehr statt weniger geheizt werde.

"Die Nutzer haben schlicht den Eindruck, dass sie sich dann wohlere Temperaturen leisten könnten. Der Vermieter ist somit der falsche Adressat, um hier Verhaltensänderungen per CO₂-Preis zu bewirken", gibt Warnecke zu bedenken. Für Mieterbund-Präsident Siebenkotten wiederum ist das kein schlüssiges Argument, da Mieter am Ende dennoch die Heizungsrechnung bezahlen müssten und deshalb ein eigenes Interesse daran hätten, keine Wärme zu vergeuden.

Der Spitzenverband der Wohnungswirtschaft GdW, dessen Mitgliedsunternehmen rund sechs Millionen Wohnungen in Deutschland vermieten, ist zwar auch gegen eine Aufteilung der CO₂-Abgabe. Allerdings schlägt der Verband eine Art Kompromiss vor, bei dem Vermieter, die in Klimaschutz investieren, auch belohnt werden: "In energetisch sanierten Gebäuden - konkret die Wohngebäude mit Effizienzklassen A+ bis C - müssen die Nutzer den CO₂-Preis übernehmen", so der GdW-Vorschlag - also die Mieter.

"Denn in diesen Gebäuden ist der **Energiebedarf** durch die Sanierung bereits so gering, dass der individuelle Heizenergieverbrauch durch den Nutzer in der jeweiligen Wohnung erheblichen Einfluss hat", so der GdW weiter. In energetisch schlechten Gebäuden würde der Vermieter dann allerdings an der Abgabe beteiligt, so wie es SPD und Mieterbund vorschlagen.

Michael Fabricius



Bildunterschrift: Svenja Schulze (SPD), Bundesministerin für Umwelt: "Wir machen Druck und sind auch in der Diskussion mit der Union"

Quelle:	DIE WELT, 08.01.2021, Nr. 6, S. 9
Ressort:	Wirtschaft
Rubrik:	Wirtschaft
Dokumentnummer:	174776479

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/WELT_fe683173c21eab974cadee39746460ac21310541

Alle Rechte vorbehalten: (c) WeltN24 GmbH